

BUNDESKANZLERAMT ■ ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIN
FÜR FRAUEN UND ÖFFENTLICHEN DIENST

GABRIELE HEINISCH-HOSEK

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.290/0069-I/4/2013

Wien, am 28. Juni 2013

XXIV. GP.-NR

14351/AB

28. Juni 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

zu 14657/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag.^a Jarmer, Freundinnen und Freunde haben am 29. April 2013 unter der **Nr. 14657/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Umsetzung der für 2012 geplanten Maßnahmen im Nationalen Aktionsplan Behinderung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *In welchem Ausmaß wurde die Durchforstung der Verfahrensgesetze in Bezug auf Kostentragung für Dolmetschung in Österreichische Gebärdensprache und eine Novellierung der entsprechenden Rechtsvorschriften im Jahr 2012 durchgeführt? (Maßnahme Nr. 64)*

Die in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 14656/J durch den Herrn Bundeskanzler getroffenen Ausführungen zum AVG gelten kraft Verweises in § 1 Abs. 1 DVG (bzw. in § 105 Z 1 BDG 1979 für das Disziplinarverfahren) – auch im Dienstrechtsverfahren. Einer entsprechenden Novellierung bedarf es daher nicht.

Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 14663/J durch die Frau Bundesministerin für Justiz.

Zu Frage 2:

- *Wurde in Ihrem Verantwortungsbereich 2012 ein Barrierefreiheits-Beauftragter, der in die Planungsprozesse aller relevanten Maßnahmen (z.B. Umbau, Sanierung, Neuanmietung von Gebäuden, Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen, Ankauf von Software, Beschilderungen, etc.) einbezogen wird, bestellt, wie es Maßnahme Nr. 73 vorsieht?*

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 14656/J durch den Herrn Bundeskanzler.

Zu Frage 3:

- *Wurde Maßnahme Nr. 75 im Jahr 2012 umgesetzt (Aufnahme „baulicher Barriere- und Diskriminierungsfreiheit“ in die Immobilienstrategie des Bundes)?*

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 14668/J durch den Herrn Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Zu Frage 4:

- *Wurde in Ihrem Verantwortungsbereich 2012 Information und Schulung für Personalverantwortliche und Führungskräfte im öffentlichen Dienst zum Thema Behinderung und Umgang mit Menschen mit Behinderungen durchgeführt? (Maßnahme Nr. 184)*

In den verschiedenen Seminaren und Lehrgängen der Verwaltungsakademie des Bundes für Führungskräfte finden auch Aspekte des Umgangs mit jenen MitarbeiterInnen Berücksichtigung, die besondere Bedürfnisse haben.

Mit freundlichen Grüßen

